

# Nein zur Krankenhausreform

300 Krankenhausmitarbeiter demonstrieren in Aalen gegen das geplante Gesetz

Ärzte, Pfleger und Verwaltungsmitarbeiter der drei Ostalb-Krankenhäuser und des Zentrums für Psychiatrie Winnenden demonstrieren am Donnerstag gemeinsam gegen die neue Krankenhausstrukturreform. Den Ostalbkreis könnte das Gesetz jährlich 1,1 Millionen Euro kosten – umgerechnet wären 22 Arbeitsplätze in Gefahr.

TOBIAS FELLNER

**Aalen.** Wie sie ihren Arbeitstag gestaltet? Gar nicht, sagt die Krankenpflegerin Andrea Biereder. Alles sei fremdbestimmt, von Zeitdruck, Kostendruck und Dokumentationspflicht. Zeit für ihre Patienten, wie sie sie noch während ihrer Lehre hatte, habe sie schon lange nicht mehr, sagt sie. Sie kämpft während ihrer Rede vor dem Aalener Rathaus mit den Tränen, als sie vom Ernst der Lage erzählt: „Es bringt das Fass zum Überlaufen, wenn nach der Arbeit Kollegen weinend nach Hause gehen, weil sie Angst haben, dass ihre Abteilung geschlossen wird.“ Alle sechs Redner, die an diesem Tag vor dem Aalener Rathaus zu den Demonstranten sprechen, sind sich einig darüber, dass die neue Strukturreform die Krankenhäuser hart treffen wird. Es wird erwartet, dass bereits im Jahr 2017 1,1 Millionen Euro fehlen werden, weil ein Versorgungszuschlag gestrichen werden soll. Die Krankenhäuser im Kreis müssten deshalb 22 Stellen streichen.

Professor Doktor Rainer Isenmann, Chefarzt der chirurgischen Abteilung in der St.-Anna-Virngrund-Klinik in Ellwangen, sprach sich gegen das Gesetz aus: „In Deutschland erhöht sich die Lebenserwartung alle zehn Jahre um zwei Jahre. Das geht nicht zum Nulltarif.“ Sein Kollege Dr. Mark Helten, Chefarzt des Zentrums für Psychiatrie in Winnenden, das mit den Krankenhäusern in Schwäbisch Gmünd und Ellwangen Programme im Ostalbkreis anbietet, forderte: „Wir dürfen nicht an den Personalkosten sparen. In der psychiatrischen Behandlung ist die Beziehung von Pflegekraft und Therapeut zum Patienten enorm wichtig.“

Dieser Meinung war auch Cornelia Becker, die Stationsleiterin der Palliativstation des Stauferklinikums in Schwäbisch Gmünd. Ein zweiter Redner vom Stauferklinikum, der Personalratsvorsitzende Harald Miller sagte: „Wir haben zusammen die Macht, uns Gehör zu verschaffen. Unsere Kreistagsabgeordneten müssen sich für uns einsetzen.“

Auch Landrat Klaus Pavel, der zur Protestkundgebung geladen hatte, sprach sich gegen die Reform aus. Statt neuer, dringend benötigter Erlöse bringe das Gesetz finanzielle Einbußen und mehr Arbeitsdruck. Er kritisierte, dass die Reform viele bekannte Probleme überhaupt nicht angehe und wandte sich gegen die Bundespolitik: „Wir im Ostalbkreis haben unsere Hausaufgaben gemacht“, sagte er. „Sieben Kliniken haben



Beschäftigte der Kliniken im Ostalbkreis protestierten am Donnerstag auf dem Aalener Marktplatz gegen die geplante Krankenhausstrukturreform. Sie befürchten weitere Sparmaßnahmen und den Wegfall von Arbeitsplätzen. (Fotos: Oliver Giers)



Andrea Biereder, Gesundheits- und Krankenpflegerin am Ostalbklinikum.



Harald Miller, Personalratsvorsitzender am Stauferklinikum Gmünd.



Prof. Dr. Rainer Isenmann, Chefarzt der Chirurgie, St. Anna Virngrund Klinik.

wir an drei Standorten zusammengefasst, in den vergangenen zehn Jahren 200 Millionen Euro in Bau und Technik investiert und unsere Bettenzahl kontinuierlich erhöht.“ Seine Forderungen an Berlin: den Versorgungszuschlag erhalten, Lohnerhöhungen besser ausgleichen und die Finanzierung der Notfallversorgung kostendeckend gestalten. Im Schnitt bekommen die Krankenhäuser pro Notfall-Behandlung 38 Euro, sagte

Pavel. Alleine die Personalkosten beliefen sich aber auf 110 Euro.

Bereits am Mittwoch gab es bundesweit Protestdemonstrationen und Kundgebungen gegen die geplante Reform. Zur Kundgebung in Aalen waren über 1000 Demonstranten erwartet worden. Stattdessen kamen nur 300 Demonstranten. „Vielen war es heute nicht möglich den Arbeitsplatz zu verlassen, weil die Versorgung der Patienten das

nicht zulässt“, sagt der stellvertretende Krankenhausdirektor des Ostalbklinikums, Martin Frank.

Das Gesetz geht im November in die zweite Lesung im Bundestag.

**Mehr Bilder und ein Video in der App und online:**  
[www.schwaepo.de](http://www.schwaepo.de)  
[www.tagespost.de](http://www.tagespost.de)